

**Statement von Landesbischof Dr. Johannes Friedrich im
Presseclub München**

Mittwoch, 10. Januar 2007

Sehr geehrte Damen und Herren,
herzlichen Dank für die Einladung hier in den Presseclub!

Ich möchte heute zu Ihnen über das Thema Bildungsgerechtigkeit sprechen. Dazu zwei sehr unterschiedliche Erfahrungen:

1. Erst vor kurzem hat mir ein Vater hier in München erzählt, dass seine Tochter im Juli die Hauptschule abgeschlossen hat. Am Ende des Schuljahrs war sie die einzige, die eine Lehrstelle hatte! Ihre 27 Mitschüler hatten nichts, aber auch gar nichts in Aussicht. Das muss man sich einmal vorstellen: Eine von 28 Schülern hat die Chance auf eine Lehrstelle in München. Dabei, so erzählte der Vater weiter, war er wirklich beeindruckt vom Engagement der Lehrer und Lehrerinnen an dieser Schule. Sie hätten guten Unterricht gehalten, früh schon den Kontakt zu möglichen Ausbildungsplätzen gesucht, aber fast immer umsonst.

Trotz aller Bemühungen haben die Hauptschüler fast keine Chance – das kann nicht gerecht sein.

Mein 2. Erlebnis:

Am vergangenen Wochenende habe ich zusammen mit meiner Frau die wunderbare Caravaggio-Ausstellung in Düsseldorf besucht. Am meisten beeindruckt hat mich dieses Bild: „Amor als Sieger“. Es stellt einen nackten Knaben Liebesgott dar, wie er über Wissenschaft, Bildung und andere Künste siegt. Man sieht als Zeichen der Bildung den Weltglobus, Winkel und Zirkel, die geometrischen Instrumente...

Wenn – so dachte ich – die Liebe über die Bildung siegt, mag man das ja noch dahingehen lassen.

Was aber – so mein nächster Gedanke – würde ein heutiger Künstler malen, wenn er überlegen müsste, wer oder was heute Sieger über die Bildung ist? Sicher würde er Geld malen. Geld und Ökonomie dominieren heute so gut wie alle Lebensbereiche. Auch die Bildung?

Bildung ist das wichtigste gesellschaftspolitische Thema der evangelischen Kirche seit der Reformation.

Das begann mit Melanchthon, den Luther bewunderte. Bekannt wurde er vor allem, weil er die Anliegen der Reformation mit einer Reform des gesamten Bildungswesens verknüpft hat, was unsere Gesellschaft sehr beeinflusst hat.

Ähnlich wie heute lebte man damals in einer epochalen Umbruchsituation: eine technische Revolution veränderte das Leben von Grund auf. Melanchthon legte die Konzeption einer Bildungsreform vor, die sich in zahlreichen Schulgründungen in den protestantischen Gebieten niedergeschlagen hat.

Melanchthon will durch Bildung erreichen, dass die Menschen zugleich fromme als auch gebildete Menschen sind, die durch umfassende Bildung dem Ideal des humanen Menschen näher kommen, der dann natürlich auch seine Verantwortung in der Gesellschaft wahrnimmt.

Das Fazit von mehreren Jahrhunderten Erfahrung und Reflexion könnte man so zusammenfassen:

- **Glaube braucht also Bildung,**

➤ **und Bildung braucht Glauben.**

Glaube ohne Bildung macht die eigene Urteilsbildung unmöglich, die für verantwortliches gesellschaftliches Handeln nach protestantischem Verständnis unerlässlich ist.

Und Bildung ohne Glauben läuft Gefahr, wie z.B. in der platten Wissenschaftsgläubigkeit, zur Ersatzreligion zu werden.

Wo liegt heute unsere Aufgabe als Kirche in unserer Gesellschaft, wenn es um diese hohe Bedeutung der Bildung geht?

Heute müssen wir uns als Kirche ganz besonders der Situation von Hauptschülerinnen und Hauptschüler widmen.

Dieses Thema beschäftigt mich und viele Menschen in unserer Kirche schon seit langem. Auch unsere Landessynode hat sich bei ihrer letzten Tagung im November mit einem „Wort der Landessynode“ unter dem Titel „Mehr Bildungsgerechtigkeit schaffen – die Hauptschule stärken“ an die Öffentlichkeit gewandt.

Zahlen und Fakten

Ich habe Ihnen vorhin von dem Vater erzählt, dessen Tochter eine Lehrstelle gefunden hatte – aber damit die einzige in der Klasse war. Vor Weihnachten stand in der Zeitung zu lesen¹: Im Durchschnitt erhalten in München 29% der Hauptschüler einen Job, 71% landen in staatlichen Qualifizierungsmaßnahmen oder auf der Strasse.

Viele ausbildende Unternehmen bevorzugen Schüler mit Realschulabschluss oder Abitur, Bewerbungsunterlagen von

¹ (Süddeutsche v. 12.12.06)

Jugendlichen mit Hauptschulabschluss werden bisweilen ungelesen zurückgeschickt.

Diese schwierige Situation am Arbeitsmarkt hat natürlich Rückwirkungen: Einige Hauptschüler sagen es rundheraus: „Wir wissen, dass wir die Looser sind. Warum sollen wir uns Stress machen in der Schule? Es nutzt doch sowieso nichts!“ Ohne Perspektive haben sie auch keine Motivation, ihre Schulausbildung mit einem guten Zeugnis abzuschließen. So haben im Jahr 2006 in Bayern 5000 Schülerinnen und Schüler die Hauptschule ganz ohne Abschluss verlassen. Wenn es für Hauptschüler schwer ist am Arbeitsmarkt, dann ist es für Hauptschüler ohne Abschluss fast aussichtslos, eine Lehrstelle oder einen Job zu finden.

Viele Eltern wissen das und versuchen mit allen Mitteln, nach der 4. Klasse ihr Kind in die Realschule oder ins Gymnasium zu schicken. Eines ist sicher: Die meisten Kinder aus einkommensschwachen und bildungsfernen Familien gehen in die Hauptschule, die mehr und mehr dadurch geprägt ist. Verschärft wird die Situation durch die demographische Entwicklung: Derzeit besuchen rund 280.000 Schülerinnen und Schüler die bayerischen Hauptschulen, in 14 Jahren werden es nur noch 197.000 Kinder und Jugendliche sein.

Sicher sind Lehrerinnen und Lehrer an allen Schulen immer häufiger gefordert, in der Schule Erziehungsdefizite des Elternhauses auszugleichen. Aber gerade Lehrerinnen und Lehrer an Hauptschulen haben oft das Gefühl, einen Großteil ihrer Zeit als Sozialarbeiter tätig zu sein, um überhaupt erst die Möglichkeit für Unterricht zu schaffen. Das stellt auch engagierte Lehrerinnen und Lehrer vor große Probleme, weil Schule traditionell vor allem am Unterricht orientiert ist. Die

Schulorganisation war bislang immer darauf ausgerichtet, dass ein Lehrer vor einer lernwilligen Klasse stand und Wissen vermittelte.

Doch ein Unterricht von 8 bis 13 Uhr überfordert sowohl Lehrende wie auch Lernende, wenn dort auch noch Erziehungs- und Sozialisationsdefizite bearbeitet werden sollen. Glücklicherweise ist die grundsätzliche Notwendigkeit der Bereitstellung von Ganztagschulen möglichst an jedem Ort inzwischen politischer Konsens.

Der Zeitung² habe ich entnommen, dass das bayerische Kabinett im Dezember einen Grundsatzbeschluss gefasst hat, langfristig bis zu 800 Hauptschulen zu Ganztagschulen auszubauen. Diese Entscheidung begrüße ich und hoffe sehr, dass auch die Realisierung dieses Vorhabens zügig geschehen kann.

Denn erst in Ganztagschulen besteht der Raum, die vorrangigen Probleme vieler Schüler anzugehen: Neben Erziehungsdefiziten, mangelndem Wissen über Ernährung, Hygiene, Kleidung und Manieren, sind es vor allem die Sprachdefizite, die die Jugendlichen beeinträchtigen. Sprachdefizite finden sich keineswegs nur bei Kindern mit Migrationshintergrund, sondern bei vielen Hauptschülern. Kein Wunder: Ein Kind aus der Mittelschicht erhält bis zur Einschulung von seinen Eltern etwa 1700 Stunden Bildbetrachtungs- oder Vorlesezeit. Ein Kind aus sozial schwachem Milieu wurden bis zu Einschulung nur 24 Stunden vorgelesen³.

Laut Sozialministerium sind im Haushalt 2007/8 71 zusätzliche Stellen für Jugendsozialarbeiter an Bayerns Schulen vorgesehen, so dass Ende 2008 insgesamt 158 Stellen dotiert sein werden; ab 2013 sollen es

² (SZ vom 20.12.2006)

³ (EKD Denkschrift „Gerechte Teilhabe“ S. 63)

insgesamt 350 Stellen sein. Ich halte dies für einen Schritt in die richtige Richtung, da die Erfahrungen zeigen, dass die sozialen Problematiken an den Schulen, eine derartige Unterstützung – sowohl für die Jugendlichen und deren Familien als auch für die Lehrerschaft – erfordern. Aber sicherlich sind die vorgesehenen Maßnahmen noch nicht ausreichend.

Bei all diesen Stellen beteiligt sich der Freistaat allerdings nur zu 40% an der Finanzierung, den Rest müssen Träger und Kommunen tragen. Wir haben das Sozialministerium gebeten, zu prüfen, ob und ggf. wie sich die Landeskirche verstärkt an der wichtigen Aufgabe der schulbezogenen Jugendsozialarbeit beteiligen und dafür auch Personal zur Verfügung stellen kann.

Eine, wie ich finde, großartige Initiative haben meine Ständige Vertreterin, Regionalbischöfin Susanne Breit-Keßler und die bayerische Staatsministerin für Justiz, Frau Dr. Merk gemeinsam im November gestartet unter dem Motto „Verbindung zwischen den Kulturen“: Sie wollen Hauptschülern mit Migrationshintergrund den Blick öffnen für unsere Kultur, sie einladen in Konzerte, Ausstellungen und andere Veranstaltungen. Dazu suchen sie als Mentoren engagierte Persönlichkeiten, die im Leben stehen und gerne mit Jugendlichen diskutieren. So soll ein Netzwerk entstehen zwischen den Generationen und Kulturen.

Schließlich leidet die Situation an den Schulen auch unter einer gesamtgesellschaftlichen Entwicklung: Die Schere von Arm und Reich klafft immer weiter auseinander. Laut Statistischem Bundesamt leben in Deutschland rund 11 Millionen Menschen in relativer Armut, also nicht allein die knapp 5 Millionen registrierten Arbeitslosen, sondern darüber

hinaus gibt es 6 Millionen Menschen, die eine Arbeitsstelle haben, aber deren Lohn nicht ausreicht, und die deshalb auf öffentliche Unterstützung angewiesen sind.

Die PISA Studien der letzten Jahre haben die Behauptung erhoben, dass in Bayern Kinder von Facharbeitern eine sechsmal geringere Chance als Kinder von Beamten haben, die Hochschulreife zu erreichen. Kinder aus Familien mit gebildeten und wohlhabenden Eltern haben eine unglaublich größere Chance einen höhern Bildungsabschluss zu erreichen als Kinder aus anderen Elternhäusern. Vermögen und Herkunft spielen anscheinend eine große Rolle bei der Frage, welche Chancen ein Kind hat.

Keiner darf verloren gehen!

Mich lässt das nicht in Ruhe. Im Neuen Testament erzählt Jesus von einem guten Hirten, der 99 Schafe zurück lässt, um ein einziges verlorenes Schaf zu suchen. Auch wenn es in diesem Gleichnis vor allem um die Freude des Hirten beim Auffinden dieses Schafes geht: Ich meine, wir dürfen es auch als Bild für den Umgang mit unseren Kindern gelten lassen: Keiner darf verloren gehen. Keiner darf das Gefühl haben: Niemand braucht mich. Keiner darf unbemerkt durch die Ritzen des Schulsystems fallen.

Es ist nicht gerecht, wenn das Einkommen und die Bildung der Eltern über die Berufschancen der Kinder entscheiden. Als Christen setzen wir uns für Chancengerechtigkeit ein.

Wenn die Propheten im Alten Testament über Gerechtigkeit sprachen, dann hatten sie ganz konkrete Unrechts-Erfahrungen vor Augen:

Du sollst die Fremden nicht bedrücken,

die Witwen nicht übervorteilen,
die Grenzsteine der verwaisten Unmündigen nicht verrücken
und dergleichen mehr.

Es waren damals Missstände des sozialen Lebens, die offensichtlich unvereinbar waren mit dem Willen Gottes, der dieses Volk doch wollte, wie ein Bräutigam die Braut und der es auserwählte und der treu war.

Diese eigene Erfahrung war nicht zu überspringen, wenn es darum ging, zu ordnen, wie man miteinander leben soll. Der Anspruch galt nicht nur den eigenen Volksgenossen. Die eigene Erfahrung sollte Maßstab sein für gerechtes Handeln – und dies weltweit.

Ebenso wie das vor Augen liegende Unrecht konkret war, waren die Gerechtigkeitsvorstellungen konkret. Sie lieferten für die Missstände entsprechend handgreifliche Verhaltensregeln um sie abzustellen.

Die Welt, in der wir uns heute bewegen, ist komplizierter. Es ist das hervorstechendste Merkmal der Gerechtigkeitsvorstellungen auf dem Boden biblisch-christlicher Tradition, dass sie parteiisch sind und dass sie Partei nehmen für die Schwachen. In ihnen verbindet sich der Anspruch des gleichen Rechts für alle

- ohne Ansehen der Person
- mit dem Aufbegehren aus der Perspektive der Unterlegenen und Unterdrückten.

Diesen Vorstellungen liegen Erfahrungen zugrunde: Sowohl im Neuen als auch im Alten Testament war es die Erfahrung, dass Gott es ist, der die Initiative ergreift, um Beziehungen herzustellen.

Es ist die Erfahrung der nachgehenden Suche Gottes, der gerecht ist und Gerechtigkeit herstellt, indem er die Beziehungen wieder herstellt.

Vor diesem biblischen Hintergrund stehen wir heute immer wieder vor der Entscheidung:

Lassen wir uns leiten von einem Marktmodell, das jedem Menschen entsprechend seiner Ausbildung und Leistung einen Marktwert zuschreibt - oder lassen wir unsere Entscheidungen leiten von dem parteiischen Blickwinkel der Propheten bis hin zu Jesus von Nazareth, der eine Situation aus der Perspektive der Schwachen betrachtet mit dem Ziel: „Keiner darf verloren gehen!“?

Finden wir uns ab mit dem Skandal, dass in vielen Fällen tatsächlich Herkunft und Wohlstand der Eltern ausschlaggebend für die Bildungschancen der Kinder sind?

Oder stehen wir tapfer auf dem Boden, den uns die alttestamentlichen Propheten vorbereitet haben?

Dann müssen wir Klartext reden: Jeder Mensch hat das von Gott gegebene Recht, sein Leben in Würde führen zu können, gebraucht zu werden und eine Ausbildung und Arbeit zu finden, die seinen Fähigkeiten und seiner Leistungsbereitschaft angemessen ist.

Und um nicht missverstanden zu werden, füge ich hinzu:

Bildungsgerechtigkeit im Sinne einer Chancengerechtigkeit ist nicht Ausdruck einer Barmherzigkeit, die Almosen verteilt, sondern Ausdruck politischer Vernunft. Unser Gemeinwesen ist darauf angewiesen, dass möglichst alle Bürgerinnen und Bürger entsprechend ihren Gaben und Talenten berufliche Leistung erbringen können. Wenn Menschen dazu keine Chance bekommen, schadet dies den Betroffenen ebenso wie der Gesellschaft insgesamt. Recht verstanden sind Solidarität und Leistung,

Sorge für menschenwürdige Lebens- und Bildungschancen und wirtschaftliche Prosperität eben gerade keine Gegensätze, sondern zwei Seiten ein- und derselben Medaille: Nur eine Gesellschaft in sozialer Gerechtigkeit vermag ökonomisches Entwicklungspotential mit sozialem Frieden zu verbinden und damit zukunftsfähig zu sein.

Forderungen

Aber es darf nicht nur bei klugen Analysen bleiben. Wenn wir ernst machen wollen mit dem Ziel „Keiner darf verloren gehen“ in unseren Schulen, dann müssen wir auch entsprechend handeln.

1. Bei einem bildungspolitischen Fachgespräch sagte ein Vertreter der Unternehmerseite: „Wir brauchen die 10% Besten eines Jahrgangs. Die schöpfen wir aus jedem Bildungssystem ab.“ Über den Rest schwieg er. Als Christen dürfen wir nicht schweigen. Als Christen müssen wir Partei nehmen für die Schwachen, z.B. indem wir die Perspektive „von unten“ einnehmen: Wie bewährt sich unser Bildungssystem in der Situation von Jugendlichen, die ohne elterliche Unterstützung, ohne Perspektive in einer Hauptschulklasse sitzen? Als Kirche haben wir die Aufgabe, immer wieder diese Perspektive von unten in die gesellschaftliche und politische Diskussion einzutragen. Und wir haben darauf aufmerksam zu machen, dass es gleichermaßen unsozial wie ökonomisch unvernünftig ist, wenn große Teile der jungen Generation ohne berufliche Perspektive bleiben.
2. Natürlich haben Kinder und Jugendliche sehr unterschiedliche Interessen und Begabungen. Darum muss jede Schule in die Lage versetzt werden, jedem Schüler, jeder Schülerin gerecht zu werden, und ihm und ihr die bestmögliche Förderung zu bieten. Das verstehen wir unter Bildungs- und Befähigungsgerechtigkeit.

3. Manche sagen: Die Hauptschule sei ein Auslaufmodell, und befürworten ein zweigliedriges Schulsystem. Ich weiß nicht, welches das bessere System ist. In den PISA Studien habe ich jedoch gelesen, dass die Länder mit guten PISA-Resultaten ganz unterschiedliche Schulsysteme besaßen. Darum meine ich: Wir sollten uns nicht in System-Diskussionen verlieren, sondern das Beste machen aus dem Schulsystem, was wir jetzt haben.
4. Die Landessynode hat in ihrem Wort vom 29. November 2006 „Mehr Bildungsgerechtigkeit schaffen – die Hauptschule stärken“ eine Reihe von konkreten Schritten zur Verbesserung der Situation an den Schulen vorgeschlagen, die inzwischen vielfach auf positive Resonanz gestoßen sind. Lassen Sie mich auf zwei Aspekte besonders hinweisen:
 - a. Gerade im ländlichen Raum ist es wichtig, dass wohnortnahe Schulen erhalten bleiben. Fahrten zur Schule, die länger als eine Stunde dauern, sollte es nicht mehr geben.
 - b. Lehrerinnen und Lehrer an Hauptschulen sind einer besonderen Belastung ausgesetzt. Viele engagieren sich weit über ihre dienstlichen Pflichten hinaus für ihre Schülerinnen und Schüler. Um dieses Engagement aufrecht erhalten zu können brauchen die Lehrer und Lehrerinnen in viel stärkerem Maße die Möglichkeiten zu Supervision und kollegialer Beratung. Ich möchte an dieser Stelle allen Lehrerinnen und Lehrern ganz herzlich für ihren Einsatz danken. Ich weiß, wie viel Kraft es kostet, gerade an Hauptschulen jeden Tag guten Unterricht anzubieten, und wie viel inneres Engagement nötig ist, um sich weder durch das Desinteresse mancher Schüler noch durch schwierige Kommunikation mit Eltern und Schülern entmutigen zu lassen. In meinen Augen leisten Lehrerinnen und Lehrer

einen großartigen Dienst an den Jugendlichen und gleichzeitig für unsere ganze Gesellschaft!

5. Aus den PISA Studien haben wir gelernt: Die Weichen für einen späteren Bildungserfolg werden früh gestellt. Darum muss der **frühkindlichen Bildung und Erziehung** hohe Priorität eingeräumt werden.

Ich halte die Idee eines für die Eltern kostenfreien letzten Kindergartenjahres für bedenkenswert. Hier bestünde eine gute Möglichkeit, Sprachdefizite noch vor der Einschulung auszugleichen.

Ein für die Eltern kostenloses letztes Kindergartenjahr ist allerdings eine staatliche Aufgabe, darum müssten die wegfallenden Elternbeiträge vollständig durch öffentliche Mittel ersetzt werden. Denn wir beteiligen uns als Kirche – anders als dies oft dargestellt wird – auch heute schon erheblich an den Kosten für die Kindertagesstätten.

Umstritten ist in der Diskussion in unserer Kirche die Frage, ob dieses letzte Kindergartenjahr verpflichtend sein sollte. Im Sinne der Förderung gerade der Kinder, die dies besonders nötig haben, wäre dies – wenn es für die Eltern kostenlos ist – sehr zu überlegen, auch wenn heute schon 95% der Kinder eine Tageseinrichtung besuchen.

Auf der anderen Seite ist zu fragen ob nicht unter dem Gesichtspunkt der Wahlfreiheit der Eltern und dem verfassungsrechtlichen Schutz der Elternrechte die Verantwortung, ob ein Kindergarten besucht werden soll, bei den Eltern bleiben sollte.

In jedem Fall sind neben der gezielten Sprachförderung, die sich auf alle Kinder mit entsprechenden Schwächen beziehen muss, die Entwicklung und Förderung von personalen und sozialen Kompetenzen, sowie von kulturellen und lebenspraktischen Fähigkeiten mindestens genauso in den Blick zu nehmen.

Darüber hinaus muss die stärkere frühkindliche Bildung und Erziehung in jedem Fall einhergehen mit einer Intensivierung der Elternarbeit und anderen Maßnahmen, wie etwa dem Ausbau von institutionellen Betreuungsmöglichkeiten, vor allem im Bereich der Unterdreijährigen wie sie unser Fachverband in der Diakonie fordert. Gerade für Kinder, die aus bildungsfernen Familien stammen, könnte eine so frühzeitige Förderung der Schlüssel zu einer größeren Chancengerechtigkeit sein.

6. In einer immer älter werdenden Gesellschaft wird das politische Gewicht von Familien mit Kindern immer geringer werden. Darum halte ich die Initiative eines „**Wahlrechts von Geburt**“ für bedenkenswert, wie sie von 47 Bundestagsabgeordneten 2003 fraktionsübergreifend vorgeschlagen wurde. Zu den Unterstützern der Initiative gehören Renate Schmidt, Roman Herzog, Hermann-Otto Solms und Paul Kirchhoff. Nach diesem Vorschlag haben Kinder vom Tag ihrer Geburt an Wahlrecht und Stimme. Dieses Wahlrecht üben die Eltern stellvertretend für ihre Kinder aus, solange, bis diese selbst dazu in der Lage sind. Hätten Kinder das Wahlrecht, gäbe es auf einen Schlag 14 Millionen Wähler mehr. Angesichts einer demographischen Entwicklung, nach der in 30 Jahren jeder dritte Deutsche über 60 Jahre alt sein wird, könnten damit die Interessen von Kindern, Jugendlichen und Eltern auch in Zukunft noch Gewicht haben.

Ob dies nun verwirklicht wird oder nicht: In jedem Fall meine ich, dass jede politische Entscheidung daraufhin überprüft werden muss: Ist sie familienverträglich? Fördert sie die Bildungsgerechtigkeit?

Weil ich es für sinnvoll halte, den Gedanken eines Wahlrechts für Kinder weiter zu verfolgen, möchte ich auch in unserer Landeskirche eine Diskussion darüber anregen, ob nicht Dasselbe auch für die Wahl zum Kirchenvorstand gelten könnte.

7. Schließlich möchte ich die Bedeutung des Religionsunterrichts, gerade an Hauptschulen unterstreichen. Hier ist Raum für die existentiellen Fragen, die Jugendliche stellen. Darum ist es wichtig, die Stellung des Religionsunterrichts im Fächerkanon zu stärken.

Ich begrüße, dass das Kultusministerium diese Linie weiter verfolgt. In dessen Konzept zur Initiative „Werte machen stark – sich stark machen für Werte“⁴ steht: „Religionsunterricht ist besonders geeignet für erziehenden Unterricht, hier kann ethisches Argumentieren geübt werden und ethisches Verhalten angebahnt werden. Die Begründung der Werte wird reflektiert, zum Beispiel in religiösen Überzeugungen oder philosophischen Überlegungen.“

Allerdings braucht solcher Religionsunterricht auch den genügenden Raum. Forderungen des Obersten Rechnungshofes, dass aus Kostengründen auch im RU Zusammenlegungen von Gruppen aus verschiedenen Klassen, ja manchmal sogar

⁴ (Staatsministerium für Unterricht und Kultus von 15.12.2006)

jahrgangübergreifend, Klassengrößen von über 30 Schülern erreicht werden müssen, sind zur Erreichung dieses Zieles nicht geeignet.

Bildung ist ein Generalschlüssel zur Überwindung sozialer Unterschiede. Bildung ist darüber hinaus ein Generalschlüssel zur Armutsprävention.

Gleichzeitig erleben wir jeden Tag: Die Perspektive für Jugendliche, besonders an Hauptschulen ist häufig besorgniserregend. Von einer echten Chancengerechtigkeit sind wir noch weit entfernt.

Darum bitte ich alle Verantwortlichen in Regierung, Parteien und Verbänden nicht nachzulassen in der Anstrengung, Bildungs- und Befähigungsgerechtigkeit zu schaffen. Wir müssen dieser Aufgabe viel mehr Beachtung schenken, als wir das bisher tun.

Denn unser Ziel muss sein: Keiner darf verloren gehen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.